



Antrag

der Abgeordneten **Klaus Holetschek, Bernhard Seidenath, Gudrun Brendel-Fischer, Jürgen Baumgärtner, Dr. Ute Eiling-Hütig, Dr. Thomas Goppel, Hermann Imhof, Sandro Kirchner, Helmut Radlmeier, Carolina Trautner, Steffen Vogel CSU**

Reduzierung des europäischen Patentschutzes verhindern

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass es im Rahmen der geplanten Neuausrichtung des europäischen Patentsystems zu keiner Aufweichung bzw. Reduzierung des europäischen Patentschutzes kommt.

Begründung:

Die Forschung im pharmazeutischen Bereich trägt entscheidend zur ständigen Verbesserung der Volksgesundheit bei. Doch Arzneimittel und vor allem solche, die das Ergebnis einer langen und kostspieligen Forschungsarbeit sind, werden in den europäischen Mitgliedstaaten nur weiterentwickelt, wenn Rahmenbedingungen gelten, die einen ausreichenden Schutz zur Förderung einer derartigen Forschung gewährleisten. Aus diesem Grunde hat bereits 1992 die Europäische Gemeinschaft die Schaffung eines ergänzenden Schutzzertifikats (Supplementary Protection Certificate – SPC) beschlossen.

SPC sollen einen Ausgleich für die langwierigen Zulassungsverfahren (Tests, klinische Prüfung, etc.) darstellen. Bereits bei Beantragung der Zulassung beginnt die begrenzte Laufzeit des Patentschutzes. Mithin stehen dem Unternehmen statt der vorgesehenen Patentlaufzeit von 20 Jahren in der Praxis nur 8 bis 12 Jahre Patentschutz im Markt zur Verfügung. In dieser Situation sollen kompensierende Schutzzeiten zumindest einen Teil der systemimmanent verlorenen Patentlaufzeit ausgleichen – begrenzt auf 15 Jahre wirksamer Schutz. Die Dauer des gewährten Zertifikats wurde so festgelegt, dass dadurch ein ausreichender tatsächlicher Schutz erreicht wird. Bereits damals hat man erkannt, dass nur auf diese Weise

die Verlagerung der Forschungszentren in Länder, die einen größeren Schutz bieten, verhindert werden kann.

Die Europäische Kommission plant derzeit, Maßnahmen zur Verbesserung des Patentsystems in Europa zu prüfen, mit besonderem Fokus auf Wirtschaftszweige mit reguliertem Zulassungsverfahren, insbesondere dem Arzneimittelsektor.

Geprüft werden soll allen voran, ob bestimmte Aspekte des Patent- und SPC-Schutzes neu ausgerichtet werden müssen.

SPC und der damit gewährte Schutzzeitraum von fünf Jahren hat sich jedoch in den vergangenen Jahrzehnten in der Praxis bewährt. Dadurch gelang es bisher, einem komplexen und empfindlichen Bereich wie dem pharmazeutischen Sektor ausreichend Planungs- und vor allem Innovationssicherheit zu gewährleisten. Gleichzeitig hat sich Europa mit der Sicherung eines ausreichenden Schutzes des geistigen Eigentums seinen Standortvorteil gegenüber Drittstaaten, die deutlich günstigere Produktionskosten bieten, erhalten. Während die USA und Japan die gleichen Laufzeiten der ergänzenden Schutzzertifikate gewähren, droht insbesondere China europäische Standards auch im Patentrecht zu überholen.

Der derzeitigen Diskussion zur Reduzierung des europäischen Patentschutzes fehlt also jedwede Notwendigkeit. Schlimmer noch: sie kommt zur absoluten Unzeit, da sie nicht nur Unsicherheiten für forschende Arzneimittelhersteller mit Forschungs- und Produktionsstandorten in Europa und natürlich auch bei uns in Bayern schafft, sondern auch bei Industrieunternehmen am Standort insgesamt.

Bayern sollte daher als wichtiger europäischer Pharma- und Industriestandort wieder allen beteiligten Akteuren den Grundgedanken zur Einführung der ergänzenden Schutzzertifikate ins Gedächtnis rufen und darüber hinaus fragen, ob die europäische Diskussion zur Neuausrichtung des Patentsystems angesichts des globalen Wettbewerbs nicht unweigerlich zu einer Schwächung des europäischen Forschungs- und Industriestandorts führt. Diese Bedenken sollten im weiteren Diskussionsverfahren auf europäischer und nationaler Ebene durch die Staatsregierung mit Nachdruck zum Ausdruck gebracht werden, damit es zu keiner Aufweichung bzw. Reduzierung des europäischen Patentschutzes kommt.